

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Berliner Digitalisierung stärken – Projektmittel für die CDO**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der\*die IKT-Staatssekretär\*in, auch CDO (Chief Digital Officer) genannt, hat die Aufgabe, die Informations- und Kommunikationstechnologie des Landes Berlin zu steuern. Um diese Aufgabe effizient und flexibel zu erfüllen sowie gesamtstädtische Standards zu setzen, soll der Senat einen Geschäftsprozess sowie ein dazu passendes Finanzierungskonzept für die Digitalisierung von Fachverfahren entwickeln. Dazu soll insbesondere geprüft werden, ob die zentrale Veranschlagung von Projektmitteln mehr Vorteile hat als der Status Quo der dezentralen Verantwortung(slosigkeit).

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2024 zu berichten.

### ***Begründung***

Angesichts zunehmender Digitalisierung und insbesondere der Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG) braucht der\*die IKT-Staatssekretär\*in eigene Mittel, um effizient und flexibel die IKT des Landes gesamtstädtisch zu steuern und Standards zu setzen.

Dies ist bereits im E-Government-Gesetz Berlin (EGovG Bln) von 2016 angelegt: die Aufgabe des\*der IKT-Staatssekretär\*in ist, „die E-Government-Entwicklung, die Nutzung der IKT und die Verwaltungsmodernisierung ressort- und verwaltungsebenen übergreifend im Land Berlin voranzutreiben und zu steuern“ (s. § 21 Abs. 2 S. 2 EGovG Bln).

Mit den „Projektmitteln Digitalisierung“ sollen nicht nur verfahrensunabhängige, sondern auch verfahrensabhängige Projekte finanziert werden können, denn nach dem EGovG Bln gehört zur Aufgabe der CDO, „in enger Zusammenarbeit mit der jeweils zuständigen Fachverwaltung die Rahmenbedingungen für die verfahrensabhängige IKT zu definieren, insbesondere Technologien, Schnittstellen, IKT-Sicherheitsanforderungen“ (s. § 21 Abs. 2 S. 9 EGovG Bln).

Eigene Projektmittel ermöglichen es, unabhängig von den Fachverwaltungen zu digitalisieren und Schwerpunkte für die gesamtstädtische Digitalisierung Berlins als IKT-Steuerung zu setzen.

Berlin, den 17. September 2024

Jarasch      Graf      Ziller  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen